

Netzentwicklungsplan

Neue Stromtrassen verschlingen Milliarden

Vier große Stromautobahnen quer durch Deutschland sollen die Energiewende voranbringen. Kostenpunkt: 20 Milliarden Euro. Die Bürger können Einwände erheben, doch die Frist läuft in sechs Wochen ab.



Die Integration der erneuerbaren Energien in das Stromnetz ist die größte Hürde für die Energiewende

© Daniel Karmann/DPA

Die Zahlen liegen auf dem Tisch, jetzt müssen die Leitungen nur noch gebaut werden: Neue Stromautobahnen von insgesamt 3800 Kilometern Länge sind nötig, um den Atomausstieg bis 2022 zu schaffen. Zudem sollen 4400 Kilometer im bestehenden Höchstspannungsnetz so optimiert werden, dass sie fit werden für die schwankende Ökostromeinspeisung. Das geht aus dem neuen Netzentwicklungsplan hervor, den die vier Netzbetreiber am Mittwoch in Berlin vorgestellt haben.

Rund 20 Milliarden Euro soll das Mega-Projekt kosten. Dabei sind neben kürzeren Abschnitten vier große, über mehrere hundert Kilometer laufende Stromautobahnen geplant: von Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ausgehend quer durch Deutschland Richtung Bayern und Baden-Württemberg. Für den Verbraucher dürften dadurch die Netzentgelte und damit der Strompreis noch einmal deutlich steigen.

Bei 2100 der 3800 Kilometer soll erstmals in Deutschland im großen Stil eine technische Neuheit zum Zuge kommen: die Übertragung durch Hochspannungs-Gleichstrom. Da der Wind auf See und im Nordosten stärker bläst, muss der Strom über lange Distanzen in den Süden geleitet werden - und zwar wie bei einer Einbahnstraße in eine Richtung. Für kürzere Strecken ist das ungeeignet, weshalb auch 1700 Kilometer klassische Wechselstromleitungen neu geplant sind.

Bürger können bis zum 10. Juli Einwände vortragen

Die großen, quer durch Deutschland führenden **Stromautobahnen** sollen laut ersten Grobplanungen wie folgt verlaufen: Von Emden (Niedersachsen) nach Osterath in Nordrhein-Westfalen und von dort nach Philippsburg in Baden-Württemberg. Zudem ist eine Trasse von Wehrendorf (Niedersachsen) nach Urberach (Hessen) geplant. Des Weiteren sollen Trassen von Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) nach Großgartach (Baden-Württemberg) gebaut werden sowie von Kaltenkirchen (Schleswig-Holstein) nach Grafenrheinfeld (Bayern) und von Lauchstädt (Sachsen-Anhalt) nach Meitingen (Bayern).

Lediglich sechs Wochen, vom 30. Mai bis zum 10. Juli 2012, haben die Bürger Gelegenheit, **Stellungnahmen zum Netzentwicklungsplan** abzugeben. Der Bundesbedarfsplan, der vom Bundestag bis Ende des Jahres als Gesetz verabschiedet werden soll, ist laut Wirtschaftsministerium Voraussetzung für die Durchführung der verkürzten Planungs- und Genehmigungsverfahren nach dem seit 2011 geltenden Netzausbaubeschleunigungsgesetz.

Bis 2020 soll der Anteil von Sonne, Wind, Wasser und Biomasse beim Strom auf 35 Prozent gesteigert werden, bis Ende 2022 soll das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet werden. Da der Strom zunehmend auch in dünn besiedelten Gegenden und auf See erzeugt wird, sind neue Stromautobahnen notwendig. Gemeinden, durch die Höchstspannungstrassen gebaut werden, können mit mehreren zehntausend Euro Entschädigung rechnen.

Merkel fordert mehr Tempo beim Netzausbau

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wies Zweifel an der Einhaltung des Zeitplans der Energiewende zurück: "Die Energiewende ist so, wie wir sie vor einem Jahr beschlossen haben, machbar", sagte Merkel am Dienstag nach einem [Besuch der Bundesnetzagentur](#). Es bleibe "natürlich bei dem Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022".

In der Koalitionsfraktion waren zuvor [Zweifel an der Umsetzung des Atomausstiegs](#) laut geworden. Der FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle hatte nicht ausgeschlossen, dass mehr Gas- und Kohlekraftwerke gebaut werden müssten als gedacht. Unionsfraktionsvize Michael Fuchs (CDU) brachte sogar längere Laufzeiten von Atommeilern ins Gespräch.

Der [Netzausbau](#) gilt als ein entscheidendes Element beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, wertete den jetzt vorgelegten Plan der vier Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz, Tennet, Amprion und TransnetBW als zentralen Schritt bei der Umsetzung der Energiewende: "Ohne Umbau der Stromnetze laufen die Fortschritte bei der Nutzung erneuerbarer Energien ins Leere", sagte Homann.

Der Deutschland-Chef des Netzbetreibers Tennet, Martin Fuchs, bezifferte die erforderlichen Gesamtinvestitionen auf rund 20 Milliarden Euro. Die Netzbetreiber seien der Überzeugung, dass die Übertragungsnetze für die Energiewende fit gemacht werden könnten. Allerdings warnte Fuchs: "Wir sagen aber auch: Das ist kein Selbstläufer."

pen/DPA/AFP

MEHR ZUM THEMA

powered by  WeFind

© 2012 stern.de GmbH